

N i e d e r s c h r i f t

BMB/002/2010

**über die öffentliche Sitzung des Beirates Menschen
mit Behinderung der Stadt Rheine
am 03.05.2010**

Die heutige Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderung der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungsraum 104 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Heinrich Thalmann

Mitglied/Vorsitzender

Mitglieder:

Herr Ludger Albers

Mitglied / stellv. Schriftführer

Frau Claudia Hilbig

Mitglied / Schriftführerin

Frau Marion Löchte

Mitglied

Herr Claus Meier

Mitglied/stellv. Vorsitzender

Frau Barbara Paus

Mitglied

Herr Hermann-Josef Wellen

Mitglied

Herr Wilfried Wewer

Mitglied

Verwaltung:

Frau Angelika Hake

Gäste:

Herr Mathias Sündermann (Gebärdendolmetscher)

Frau Esther Winking (Gebärdendolmetscherin)

Die heutige Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderung der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und – wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungsraum 104 des neuen Rathauses.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 1 über die konstituierte Sitzung vom 15. April 2010

Die Niederschrift wird genehmigt.

2. Bericht und Information der Verwaltung

Frau Hake berichtet:

- Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung aus der 24. Sitzung des Ausschusses für Jugend, Gesundheit und Soziales des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen am 21. April 2010

Nachdem der Deutsche Bundestag Ende 2008 das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung ratifiziert und die entsprechenden völkerrechtlichen Verträge Ende März 2009 in Kraft getreten sind, sind nunmehr alle staatlichen Ebenen dazu verpflichtet, die volle Verwirklichung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle Menschen mit Behinderung ohne jede Diskriminierung aufgrund von Behinderung zu gewährleisten und zu fördern.

Innerhalb der Landesregierung NRW hat das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales die koordinierende Aufgabe, die Umsetzung der UN-Konvention auf Landesebene zu erreichen. Bei der Überprüfung der Anforderungen der Konvention bieten die im Programm „Teilhabe für Alle“ auf Landesebene zusammengefassten Projekte für Menschen mit Behinderung Anknüpfungspunkte zur Umsetzung, auch wenn zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht alle in der UN-Konvention angesprochenen Themen dort vertreten sind.

Innerhalb der Landesregierung prüfen alle Ressorts im Rahmen eigener Zuständigkeiten, in welcher Weise sie von den einzelnen Artikeln der UN-Konvention tangiert sind, ob ggf. Anpassungen landesrechtlicher Vorgaben erforderlich sind oder wo Vollzugs- bzw. Umsetzungsprobleme bestehen. Die Ministerien prüfen auch für ihre Zuständigkeitsbereiche, wie bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Rechtsvorschriften sowie politischen Konzepten zur Durchführung der UN-Konvention Menschen mit Behinderungen oder ihre Angehörigen in die für sie relevanten Entscheidungsprozesse aktiv eingebunden werden können.

Die zur Umsetzung der UN-Konvention von den behindertenpolitischen relevanten Akteuren und Institutionen – auch den kommunalen Spitzenverbänden – bereits eingegangenen Stellungnahmen werden im Rahmen von Anhörungen unter Beteiligung von Vertretern der Behindertenorganisationen themenbezogen erörtert. Gegen Ende des Jahres 2010 will das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales einen Bericht zum Stand der Umsetzung vorlegen, der als Diskussionsgrundlage für weitere Schritte dienen soll. Der Bericht soll in einem breit angelegten Dialog unter Beteiligung der im Landtag vertretenen Parteien beraten und anschließend in einem Aktionsprogramm der Landesregierung zusammengefasst werden.

- Geschäftsordnung für den Beirat für Menschen mit Behinderung der Stadt Rheine

Alle Mitglieder und Vertreter(innen) erhalten die Geschäftsordnung in der Fassung vom 25. April 2005 als rechtliche Arbeitsgrundlage.

- Umfrage Reiseverhalten

Frau Hake bittet die Mitglieder, den Fragebogen (Marktanalyse „Reiseverhalten von Menschen mit Behinderung“) auf freiwilliger Basis auszufüllen und an die Geschäftsstelle des Beirates für Menschen mit Behinderung zurückzugeben.

3. Handlungsbedarf für Menschen mit Behinderung in der Stadt Rheine - Einführung in den Handlungsplan

Berichterstattung durch: Herrn Heinz Thalmann

- Der Beirat muss sich einen Überblick über die Handlungsbedarfe für Menschen mit Behinderung in der Stadt Rheine verschaffen
 - Die Handlungsbedarfsfelder sind bisher in unbestimmten Zeitabständen überprüft und fortgeschrieben worden und galten als bisherige Arbeitsgrundlage des vorherigen Beirates.
- Die Handlungsbedarfe Familie, Frühförderung, Kindergarten und Schule beziehen sich hauptsächlich auf Kinder, Jugendliche
 - Die Handlungsbedarfe Wohnen, Arbeit und Freizeit/Weiterbildung/Teilhabe am Leben/Partizipation richten sich hauptsächlich an Erwachsene.
 - Herr Thalmann stellt fest, dass die Beiratsmitglieder überwiegend aus dem Bereich der Erwachsenenhilfe und -arbeit kommen, sodass die Handlungsbedarfe für Kinder und Jugendliche nicht „aus den Augen verloren gehen dürfen“.
 - Nach der Vorstellung der einzelnen Handlungsbedarfe machte Herr Weber den Vorschlag, den Handlungsbedarf „Behinderung und Alter“ dem Handlungsplan als ein neues Lebensfeld hinzuzufügen.
 - Um diesem Handlungsbedarfsfeld eine passende Bezeichnung zu geben, bittet Frau Hake alle Mitglieder, ihr bis zur nächsten Sitzung Vorschläge rückzumelden.

4. Aktivitäten des Beirates - Berichterstattung und Ergebnisse

Frau Hake erläutert, dass es sich hier um Besprechungen handelt, die zwischen der Beiratssitzung Nr. 27 des vorherigen Beirates für Menschen mit Behinderung und der Sitzung Nr. 1 des neuen Beirates stattgefunden haben.

- Behindertenparkplätze Tiefgarage Rathauszentrum/Hertie – Besprechung am 2. Februar 2010 mit dem neuen Leiter der Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine (VSR), Herrn Axel Zunker.

Die Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine ist neuer Betreiber der Tiefgarage Rathauszentrum im Bereich Hertie. In dem Gespräch sollte geklärt werden, ob die derzeit vorhandenen 5 Behindertenparkplätze, die direkt links neben dem Rathausaufzug liegen, verlegt werden können. Ein Behindertenparkplatz liegt auf der rechten Seite neben dem Rathausaufzug. Von den 5 Behindertenparkplätzen liegen 3 Plätze auf einem Quergefälle von über 4 %, sodass das Parken gerade für Rollstuhlfahrer äußerst schwierig ist. Da wenigstens von den 5 2 Behindertenparkplätze ebenerdig sind, wird die Verkehrsgesellschaft die Parkplätze nicht verlegen.

- Besprechung Außenaufzugsanlage an der Grüterschule am 10. März 2010 in der Stadtverwaltung

Teilnehmer(innen): Herr Grimberg, FB 5 (Gebäudemanagement), Herr A. Schröer, FB 5, Herr Thalmann (BMB), Herr Hildmann (Rektor der Grüterschule) und Frau Hake, FB 2 (Behindertenkoordinatorin)

Für die Vorplanung zum Aufzug wurde einvernehmlich festgehalten: Der Aufzugsturm wird von außen anliegend in Stein vor dem jetzigen Nebeneingang des Schulgebäudes angebaut. Der Aufzug kann nur vom Hauptflur aus benutzt werden; der Keller braucht nicht mit dem Aufzug angefahren werden. Im Obergeschoss fällt die Belichtung durch das Flurfenster weg. Dafür sollen später bei einer Dachrenovierung sichere Deckenfenster/Lichtkuppeln eingebaut werden. Die Größe des Innenraums des Aufzugs richtet sich nach DIN. Der Aufzug soll von behinderten Personen selbstständig genutzt werden. Es soll aber eine zusätzliche Person im Aufzug mitfahren können. Alle Gesprächsteilnehmer waren mit der Planung einverstanden. Herr Schröer als ausführender und federführender Ingenieur wird einen Kostenplan erarbeiten. Die Finanzierung soll aus Haushaltsmitteln „Barrierefreies Bauen 2010/2011“ getätigt werden.

- Erweiterung des Kopernikus-Gymnasiums Rheine – Besprechung mit dem Architekten, Herrn Borowski, Frau Kummer vom FB Bauen und Planen, Herrn Meier, Herrn Thalmann und Frau Hake am 17. März 2010

Das Büro Borowski & Sasse wurde als Architekturbüro der Stadt Rheine mit der Planung und Bauleitung für das Objekt Umbau und Erweiterung Kopernikus-Gymnasium beauftragt. Nach einer allgemeinen Entwurfserläuterung wurden folgende Punkte gesondert besprochen und festgelegt:

- Der Altbau verfügt bereits über einen Aufzug. Die neuen Bereiche des ersten Obergeschosses (Bibliothek und Gruppenarbeitsplätze) sind über die Verbindungsbrücke im Forum an den Aufzug angebunden.
- Alle wesentlichen Türanlagen im Neubau werden über einen Taster zu betätigen sein.
- Bei der Möblierung der Mensa soll darauf geachtet werden, dass die Bewegungsflächen vor den Ausgabebereichen ausreichend dimensioniert werden.

- Im Altbau ist ein Behinderten-WC bereits vorhanden. Noch nicht geklärt ist, ob und wie das Behinderten-WC mit einer sensorischen Alarmanlage (Blitzlampe) ausgestattet werden muss. Jede Schule verfügt über ein eigenes Katastrophen- und Alarmsystem für den Notfall.
- Herr Thalmann berichtet über die Veranstaltung „Sicherheit für Rheine“.

5. Signet NRW ohne Barrieren / Kriterien für die Vergabe (Anlage / Arbeitsgrundlage)

Die mit der Einladung versandte Anlage soll als Arbeitsgrundlage dienen. Dazu gibt es einen offenen Brief von der Behindertengleichstellungsbeauftragten NRW, Frau Gemkow. Ihr Wunsch ist es, dass Menschen mit Behinderungen zukünftig auf einen Blick erkennen können, ob z. B. Arztpraxen, Geschäfte, Kinos oder Museen barrierefrei gebaut oder umgebaut worden sind. Deshalb hat die Landesbehindertenbeauftragte gemeinsam mit Vertretern der Behindertenselbsthilfe und der Agentur „Barrierefrei“ NRW das Signet „Nordrhein-Westfalen ohne Barrieren“ entwickelt, das schon an der Eingangstür Barrierefreiheit anzeigt. Das in ganz Nordrhein-Westfalen verwendbare Signet ist eine besondere Auszeichnung, die von den Kommunen und der Selbsthilfe vergeben werden kann. Vorbildliches barrierefreies Bauen und Gestalten bedeutet Komfort für alle. Wenn gute Beispiele Schule machen sollen, braucht das Land NRW viele Mutmacher und Mitmacher. Vereinbart wird, im Beirat eine kleine Arbeitsgruppe zu bilden, um die Grundlagen für die Vergabe des Signets „Barrierefrei“ an Institutionen zu besprechen. An der Arbeitsgruppe nehmen teil Herr Wewer, Herr Meier, Herr Albers, Herr Thalmann und Frau Hake.

6. Berichte aus den Ausschüssen

- Der für Dienstag, 11. Mai 2010, terminierte Sozialausschuss fällt aus.
- Bauausschuss:

Herr Meier berichtet, durch die Verwaltung soll geprüft werden, ob auf der Poststraße das System „Shared Space“ angewandt werden kann. Herr Meier erklärt, das „Shared Space“ eine Verkehrsführung bezeichnet, nach der vom Verkehr dominierter öffentlicher Straßenraum lebenswerter, sicherer sowie im Verkehrsfluss verbessert werden soll. Charakteristisch seien dabei das Fehlen von Verkehrszeichen, Signalanlagen und Fahrbahnmarkierungen und die Gleichberechtigung der Verkehrsteilnehmer, während u. a. die Vorfahrtsregel weiterhin Gültigkeit besitzt. Das Verkehrskonzept wurde federführend vom Niederländer Hans Mondermann in den 90er Jahren entwickelt. Herr Meier nennt auch die Kritikpunkte zum System „Shared Space“, dass gerade gehandicapte Personen mit Seh- und Hörbehinderung nicht hinreichend berücksichtigt werden.

- Schulausschuss:

Im Schulausschuss wurde über den Umbau der Fürstenberg-Realschule gesprochen.

7. Informationen, Anregungen, Termine

- Der Caritasverband Rheine lädt am 5. Mai 2010 um 11:00 Uhr zum europäischen Protesttag „Gleichstellung von Menschen mit Behinderung“ auf dem Borneplatz ein.
- Die Besichtigung des Sportspielplatzes auf dem Gelände des TV Jahn und die anschließende Besprechung findet für die Mitglieder der Arbeitsgruppe am Dienstag, 11. Mai 2010, um 15:00 Uhr statt.
- Der für Dienstag, 11. Mai 2010, terminierte Sozialausschuss fällt aus.
- Am 14. Mai 2010 findet im Rahmen der 2. Ahaus Schlossrunde ein Vortrag mit dem Journalisten Frank Plasberg (bekannt als Moderator aus der Politiktalkshow „Hart aber fair“) zum Thema Politik und Medien statt.

Ende der Sitzung:

19:10 Uhr

gez.

gez. Heinz Thalmann

Vorsitzender

Claudia Hilbig
Schriftführerin